

13. 11. 92

Sachgebiet 53

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes — Drucksache 12/3566 —

hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung nimmt zu der Stellungnahme des Bundesrates — beschlossen in der Sitzung vom 16. Oktober 1992 zur Bundesrats-Drucksache 606/92 — wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung hält an ihrer — in der Begründung des Gesetzentwurfs erläuterten — Auffassung fest, daß die zur Sicherung des Wohnbedarfs vorgesehenen Leistungen auch in Ballungsgebieten, in denen unverhältnismäßig hohe Mieten bestehen, ausreichend sind.

